

Startseite › Rhein-Main › Landespolitik

Hessen: Mehr Schutz für ungewollt Schwangere

Erstellt: 12.05.2023 Aktualisiert: 12.05.2023, 16:57 Uhr

Von: [Hanning Voigts](#)

Kommentare



Ungewollt Schwangere fühlen sich von Abtreibungsgegner:innen bedrängt. Foto: Peter Jülich © peter-juelich.com

Der hessische Landtag hört Sachverständige und Betroffene zu Kundgebungen radikaler Abtreibungsgegner an. Die Linksfraktion will Schwangere besser vor ihnen schützen.

Der Innenausschuss und der sozialpolitische Ausschuss des Hessischen Landtags haben sich erneut damit befasst, wie Schwangere besser vor Kundgebungen radikaler Abtreibungsgegner:innen geschützt werden können. Die Linksfraktion im Landtag hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Schaffung sogenannter Schutzzonen je 150 Meter rund um Kliniken und Arztpraxen vorsieht, in denen Abtreibungen vorgenommen werden. Auch Beratungsstellen, die Gespräche anbieten, die für einen straffreien Schwangerschaftsabbruch notwendig sind, sollen so eine Schutzzone erhalten. In diesen Zonen soll zu den Öffnungszeiten der jeweiligen Einrichtungen nicht mehr gegen Abtreibungen demonstriert werden dürfen.

Hintergrund des Gesetzes sind Mahnwachen christlicher Abtreibungsgegner, die seit Jahren in der Fastenzeit etwa vor dem Büro von „Pro Familia“ in Frankfurt stattfinden. Die Stadt Frankfurt hatte eine Kundgebung an einen anderen Ort verlegt, der hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) allerdings entschieden, dass die Mahnwache an ihrem gewünschten Platz bleiben dürfe.

**Hessen: Die Linksfraktion will die
Versammlungsfreiheit beschränken**

Bei einer Anhörung wurden am Freitag Expert:innen und Betroffene zum Entwurf der Linksfraction angehört. Friederike Wapler, Professorin für öffentliches Recht an der Universität Mainz, sagte, sie halte den Gesetzentwurf für verfassungsgemäß. Durch die Schutzzonen werde zwar in die Versammlungsfreiheit eingegriffen, das sei aber gerechtfertigt, weil ungewollt Schwangere sich im Zustand „höchster Verletzlichkeit“ befänden. Zudem gäbe es kein Recht, „anderen seine Meinungen aufzudrängen“.

Da der Staat die sogenannten Schwangerenkonfliktberatungen vorschreibe und Betroffene damit in eine „Zwangslage“ bringe, müsse er dafür sorgen, dass diese sicher und anonym wahrgenommen werden könnten, argumentierte Wapler. Es sei den Betroffenen nicht zuzumuten, mit Leuten konfrontiert zu sein, die ihnen vorhielten, etwas „zutiefst Verachtenswertes“ zu tun.

Hessen: Ein rechtlich problematisches Gesetz

Der Staatsrechtler Bernd Grzeszick von der Universität Heidelberg führte dagegen aus, die Untersagung von Kundgebungen sei rechtlich problematisch. Die Abwägung von Grundrechten der Schwangeren und der Abtreibungsgegner:innen könne man nicht „pauschal durch Zonen auflösen“, sagte Grzeszick. Es brauche stattdessen Entscheidungen im Einzelfall, etwa durch Auflagen der Versammlungsbehörden. Die vorgeschlagene Zone von 150 Meter sei zudem in der Praxis nicht rechtssicher anwendbar.

Frank Oehmke, Oberarzt der Geburtshilfe am Universitätsklinikum Gießen und Marburg, sagte, seine Patientinnen, die eine Schwangerschaft abbrechen oder sich beraten lassen wollten, bräuchten „einen geschützten Bereich“. Alle Beratungen fänden ergebnisoffen statt, es sei wichtig, dass Patientinnen nicht „stigmatisiert dort ankommen“.

”

Das Gefühl der Angst, das begleitet mich.

- Kristina Hänel, Frauenärztin -

“

Die Gießener Frauenärztin Kristina Hänel, die 2019 wegen „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ nach Paragraf 219a des Strafgesetzbuches verurteilt worden war und es dadurch zu bundesweiter Bekanntheit gebracht hatte, berichtete davon, wie sie selbst jahrelang von Abtreibungsgegner:innen bedrängt und bedroht worden sei. „Das Gefühl der Angst, das begleitet mich“, sagte Hänel, die juristisch inzwischen rehabilitiert ist, weil der Bundestag den Paragraphen 219a gestrichen hat.

Hessen: Ungewollt Schwangere in einer vulnerablen Situation

Ungewollt Schwangere seien „in einer vulnerablen Situation“, sagte Hänel, viele Ärzt:innen führten aus Angst vor Stigmatisierung schon keine Abbrüche

mehr durch. Wenn Betroffene mit radikalen Abtreibungsgegner:innen konfrontiert seien, sei das „ein Schlag in die Wunde“ in einem „eh schon schmerzhaften Prozess“.

Die Kasseler Frauenärztin Nora Szász, der Frankfurter Gynäkologe George Langhans und Klaus Doubek vom hessischen Berufsverband der Frauenärzte sprachen sich ebenfalls für den Gesetzentwurf der Linken aus. (Hanning Voigts)

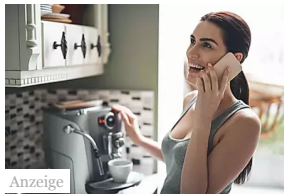
Genossenschaftsanteil - Mehrgenerationen - Wohnen Wuppert...

Preisinformation: . Anteilskaufpreis - in die
Wohngenossenschaft. Lebenslanges, vererbbares -...

Anzeige - Immowelt Neubau DE



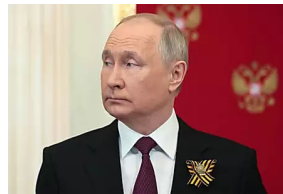
Kaffeemaschinen- Testsieger: De'Longhi Eletta...



Spare Zeit und Geld - De'Longhi Eletta Explore jet...

Vor 1985 geboren? Sie haben Anspruch auf diesen kostenlosen Zahnersatz

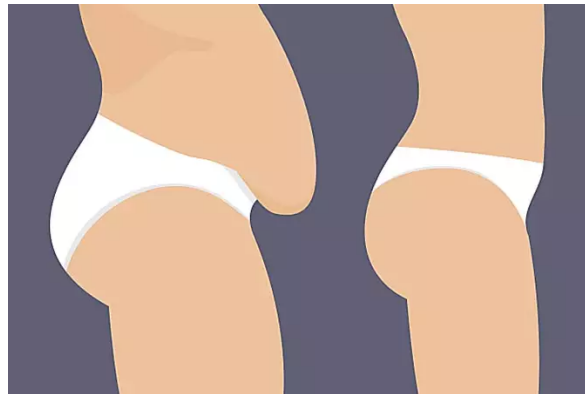
Anzeige - Pro Verbraucher



„Russland vor Kollaps“: Düstere Prognose zu Puti...



Krönung Charles III.: Prinzessin Kates Outfit wirft...



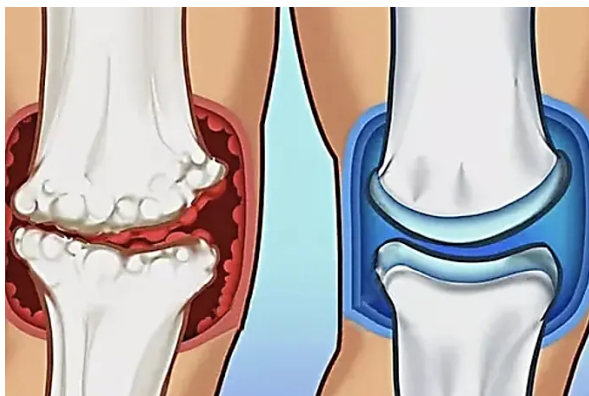
Festpreisgarantie: familienfreundliches Reihenmittelhaus inkl....

Objektbeschreibung: Unser Raumwunder Michigan
K bietet großzügiges Wohnen auf rund 157 m² für...

Anzeige - Immowelt Neubau DE

Darm-Arzt: Ich flehe alle Deutschen an, ihren Darm mit diesem Tipp...

Anzeige - gesundheitdarm.com



Gelenkschmerzen: Ein einfacher Trick, um Schmerzen einfach zu lindern

Anzeige - Gesundnheitgelenk



Eine kleine Aufmerksamkeit für Ihren Lieblingmenschen.

Anzeige - Tallsy Hug Ring

Kommentare

[Kontakt](#)

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[AGB](#)

[Newsletter](#)

[Mediadaten](#)

[Partner](#)

[Anzeigen](#)

[Netiquette](#)
